

Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur
02. Juli 2026

Sprechzettel zur Sitzung des Bildungsausschusses am 02.07.2026 zu TOP 5:
Berichte des Bildungsministeriums über die Ergebnisse der Bildungsministerkonferenz am 11. und 12. Juni 2026 in München und der Wissenschaftsministerkonferenz am 29. Juni 2026 in Lindau am Bodensee

Bericht zur 8. Bildungsministerkonferenz in München (10.-12. Juni 2026)

Im Mittelpunkt der 8. Bildungsministerkonferenz (BMK) standen insbesondere die Verabschiedung einer gemeinsamen Olympia-Erklärung und einer ländergemeinsamen Erklärung zum Umgang mit Social Media im schulischen Bereich. Darüber hinaus berieten die Länder mit Bundesbildungsministerin Karin Prien über den Stand wichtiger Bund-Länder-Vorhaben, darunter den DigitalPakt 2.0, die geplante Schüler-ID und das Bildungsverlaufsregister. Weitere Schwerpunkte waren die Reform der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Ergebnisse des Bildungsberichts 2026.

Ein sichtbares Ergebnis der Konferenz war die einstimmig verabschiedete **Olympia-Erklärung**. Die Länder unterstützen damit eine deutsche Bewerbung um die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele. Die Ministerinnen und Minister betonten die große Bedeutung von Sport, Bewegung und Gesundheitsförderung im schulischen Bereich.

Ein weiterer Schwerpunkt war der **Umgang mit Social Media im schulischen Bereich**. Die BMK verabschiedete erstmals eine gemeinsame Erklärung mit Leitlinien und Maßnahmen zur Stärkung der Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern.

Ziel ist es, Kinder und Jugendliche zu einem reflektierten, kritischen und sicheren Umgang mit sozialen Medien zu befähigen. Die Länder setzen dabei auf den Dreiklang „sensibilisieren, stärken und schützen“. Die Erklärung soll zugleich den Auftakt für eine weitergehende Strategieentwicklung bilden, auch vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Expertenkommission des Bundes.

Breiten Raum nahm zudem der **Austausch mit Bundesbildungsministerin Karin Prien** ein. Informiert wurde unter anderem über den Stand zum DigitalPakt 2.0, die Einführung einer Schüler-ID und den Aufbau eines Bildungsverlaufsregisters.

Bund und Länder verständigten sich darauf, die Zusammenarbeit bei diesen Vorhaben fortzuführen. Die Länder bekräftigten zugleich die Bedeutung eines datenschutzkonformen Vorgehens und einer klaren Kommunikation der Ziele gegenüber Öffentlichkeit und Bildungseinrichtungen.

Auch die geplante **Reform der Kinder- und Jugendhilfe** (1. KJHSRG) spielte eine wichtige Rolle. Die Länder unterstützen grundsätzlich die vorgesehenen **Pool-Lösungen** bei Schulbegleitungen, machten jedoch deutlich, dass Fragen der Finanzierung, der Qualitätssicherung sowie der Feststellungsverfahren (Diagnostik) weiterhin geklärt werden müssen. Zudem wurde auf die stark steigenden Kosten im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe hingewiesen. Eine Änderung der Finanzierungsstruktur soll es nicht geben.

Beim **KiTa-Qualitätsgesetz** wird unter anderem die Sprachförderung ein Schwerpunkt sein. Die Beteiligung der Bildungsministerkonferenz im weiteren Verfahren wurde zugesagt. Daneben machte Karin Prien deutlich, dass es herausfordernd wird, die dafür vorgesehenen Mittel von bis zu 2 Mrd. € abzusichern.

In Bezug auf die **Haushaltssituation des Bundes** stellte Karin Prien heraus, dass die Mittel für das Startchancenprogramm, den DigitalPakt 2.0 und die weiteren zentralen Bund-Länder-Programme nicht von möglichen Einsparungen betroffen sind, zusätzliche Mittel aber ausgeschlossen werden können.

Am zweiten Sitzungstag stand der **Bildungsbericht „Bildung in Deutschland 2026“** im Mittelpunkt. Die Diskussion machte deutlich, dass Bildungsungleichheiten, Sprachförderung, Fachkräftemangel, Digitalisierung und Integration weiterhin zu den größten Herausforderungen zählen. Gleichzeitig wurde betont, dass sich das Bildungssystem nicht in einer Krise, sondern in einem **tiefgreifenden Transformationsprozess** befindet. Vorhandene Mittel müssten künftig noch stärker nach Wirksamkeitss Gesichtspunkten eingesetzt werden. Frühkindliche Bildung, Sprachförderung und die Gestaltung erfolgreicher Bildungsübergänge wurden dabei als zentrale Handlungsfelder hervorgehoben.

Bericht von der 6. Wissenschaftsministerkonferenz am 29. Juni 2026 in Lindau (Bodensee)

Am 29. Juni 2026 reiste die Wissenschaftsministerin zur 6. Wissenschaftsministerkonferenz nach Lindau am Bodensee. Auf der Tagesordnung standen insbesondere die High Tech-Agenda, die Resilienz im Wissenschaftssystem sowie das Thema BAföG.

Zur High Tech-Agenda gaben einzelne Länder einen Input zu den einzelnen Schlüsseltechnologien und berichteten über die Entwicklungen und Fortschritte, die in den Bereich bereits erfolgt sind. Einigkeit bestand unter den Ländern dahingehend, dass das Verfahren beim Bund für die Länder weiterhin sehr unklar ist. Insbesondere zur Frage möglicher Kofinanzierungen durch die Länder und der in den Förderrichtlinien zur Verfügung stehenden Mittel wird die Notwendigkeit gesehen, nachzuschärfen. Im Rahmen der GWK-Sitzung in der nächsten Woche soll das Thema auch noch einmal gegenüber dem Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) adressiert werden.

Die Resilienz im Wissenschaftssystem beschäftigt die Wissenschaftsministerkonferenz schon seit Längerem. Eine Arbeitsgruppe hat in der Sitzung Vorschläge unterbreitet, wie man die Wissenschaftsministerkonferenz resilienter aufstellen kann und Staatsverträge in der Zuständigkeit entsprechend anpassen kann. In der nächsten Woche findet eine Veranstaltung im Potsdamer Landtag zu dem Thema statt, bevor dann eine Sonder-Wissenschaftsministerkonferenz endgültig Beschlüsse fassen soll.

Zum Thema BAföG-Reform fand ein digitaler Austausch mit Staatssekretär Jungk aus dem BMFTR statt. Die Länder machten dabei deutlich, dass die Reform nun dringend in Angriff genommen werden muss. Staatssekretär Jungk sagte zu, dass noch in dieser Woche die Kabinettsbefassung stattfinden soll und unmittelbar im Anschluss eine Ressortabstimmung in die Wege geleitet werden soll. Staatssekretär Jungk erklärte außerdem, dass die Finanzierung für den Rest der Legislatur in den Eckpunkten für den Haushalt durch die Bundesregierung bereits beschlossen wurde. Besonders problematisiert wurde außerdem die Situation von privaten Hochschulen, die sogenannte „Filial-Hochschulen“ betreiben. Dadurch gibt es in einigen Ländern massive Bearbeitungsstaus bei BAföG-Anträgen. Auch mit dieser Problematik möchte sich die Wissenschaftsministerkonferenz weiter befassen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!